

Dienstag, 2. Oktober 1928 - 76. Jahrgang Nr. 466

Berliner

Abend-Ausgabe

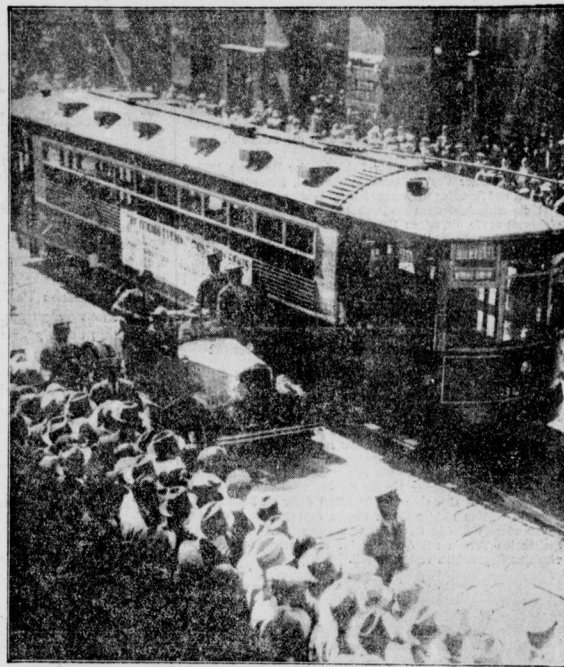
Einzel-Nummer 5 Pfennig

Volks-Zeitung

Heute kein Zeppelin-Besuch? — Keine Stahlhelm-Volksparteiler mehr — Heute Landtagsbeginn



Wid. World
Professor Otto Hitzberger,
der bekannte Holzbildhauer, feiert heute seinen 50. Geburtstag



Eine durch Radio geleitete, führerlose Strassenbahn fährt durch die
Avenues von Chicago *Wid. World*

Die Haupt-Preisträger des B.-V.-Z.-Volks-Kunst-Tages



Elise Gorgas (1. Preis)



Emma Rettig (2. Preis)



Stanislaw Rataj (3. Preis)



Rainen Lessmann (8 Jahre)

Hindenburgs Stahlhelm-Mitgliedschaft

Aussprache auf der Reichsbanner-Generalversammlung — Kriegsteilnehmer-Austausch
Republikanische Abwehrstellen beim Reichsbanner

HANNOVER, 2. Oktober.

Bei Fortsetzung der Beratung der Bundesgeneralversammlung des Reichsbanners Schwarz Rot Gold nahm die Diskussion über die Ehrenmitgliedschaft des Reichspräsidenten im Stahlhelm einen breiten Raum ein. Von verschiedenen Delegierten wurde erklärt, dass dieser Zustand für jeden Republikaner unerträglich sei. Man müsse sich gegen die republikanischen Bestrebungen wenden, zu denen der Reichspräsident missbraucht werde oder werden soll. Hörsing erklärte in seinem Schlusswort, was die Ehrenmitgliedschaft Hindenburgs im Stahlhelm betreffe, so stehe noch nicht fest, ob Hindenburg mit seinem eigenen Willen und Einverständnis Ehrenmitglied des Stahlhelms geworden sei. Im übrigen hätte es keinen Sinn, den Reichspräsidenten durch schroffes Verhalten von der geraden Linie seiner Amtsführung abzudrängen und den Gegnern der Republik in die Arme zu treiben.

Als dann wurde eine Anzahl von Anträgen angenommen. Einer von ihnen geht dahin, einer möglichst grossen Anzahl

Kriegsteilnehmer der früher uns feindlichen Staaten und umgekehrt die Möglichkeit zu verschaffen, die Verhältnisse in Deutschland und umgekehrt im Auslande zu studieren. Die Bundesgeneralversammlung beauftragt den Bundesvorstand,

mit den ausländischen Frontsoldatenorganisationen, soweit sie den europäischen Frieden erstreben, in Verbindung zu treten und in geeigneter Weise einen Austausch von Gästen in die Wege zu leiten.

Ein weiterer Antrag, der ebenfalls angenommen wurde, beschäftigt sich mit den deutschen Kriegfriedhöfen, deren Zustand fast durchweg schlecht sei. Es wurde behauptet, dass in den Wäldern von Verdun noch gefallene Kameraden unberdigt liegen bzw. die Leichen dort so verscharrt sind, wie es im Verlauf der Kampfhandlung nur möglich war. (Von französischer Seite ist diese Nachricht bereits energisch demontiert worden. Die Red.)

Das Reichsbanner sieht seinen Aufgabenkreis darin, dass es den Zustand der Kriegerrgräber kontrolliert und vor allem bei der Reichsregierung dahin wirkt, dass die Beaufsichtigung der Friedhöfe und die Besatzung der noch nicht ordnungsmässig besetzten Soldaten durch staatliche Stellen erfolgt. Ferner fand ein Antrag Annahme, dass

beim Bundesvorstand und am Sitz eines jeden Gauvorstandes eine Stelle zur Abwehr der Angriffe auf die republikanische Staatsform einzurichten sei.

Diese Stelle habe im wesentlichen die Aufgabe, die Pläne und die Tätigkeit gegnerischer Organisationen zu beobachten, wie insbesondere jede Tätigkeit gegen die heutige Staatsform, gleichwie in welcher Form sie auch geschehen mag, entsprechend zu bearbeiten. Schliesslich wurde der Bundesvorstand ersucht, alle zweckdienlichen Massnahmen zu treffen, damit der 11. August zum gesetzlichen Feiertag erhoben wird.

Bei der Beratung der Satzungsänderung wurde das Sterbegeld für Unfälle im Dienste des Bundes auf 1500 Mark festgesetzt.

Auszahlungen aus der Hindenburg-Spende

Die dem Reichspräsidenten anlässlich seines 80. Geburtstages von deutschen Volke dargebrachte Hindenburg-Spende hat entsprechend dem heutigen Tage weitere 425.000 Mark in Beträgen von durchschnittlich 200 Mark an besonders schwer betroffene, von den Organen der Kriegsbeschädigtenfürsorge ausgewählte Kriegsgesamte ausgeschüttet.

Konferenz der Regierungschefs

Aussprache über die Genfer Verhandlungen

Um 11 Uhr vormittags sind im Reichskanzlerpalais die präsidierenden Mitglieder der Landesregierungen zu der auf bayerischen Antrag einberufenen Konferenz über die Genfer Verhandlungen zusammengetreten.

An der Sitzung nahmen der Reichskanzler Hermann Müller und die Minister Curtius, Groener, Guérard, Hilferding, Koch, Schützler und Severing teil, ausserdem Staatssekretär von Schubert und die stimmungsführenden stellvertretenden Bevollmächtigten im Reichsrat sowie diejenigen Herren des Auswärtigen Amtes, die der deutschen Delegation in Genf angehört haben. Die letztgenannten Herren sind lediglich Zuhörer. In der Mittagsstunde trat eine Pause ein. Nachmittags wird die Aussprache, die lediglich informativ Charakter trägt, fortgesetzt werden.

Eröffnungssitzung des Landtags verschoben

Kommunalwahl-Termin vor dem Aeltestenrat

Im preussischen Landtag wurde am Dienstag mittag die Eröffnungssitzung, die auf 1 Uhr angesetzt war, um eine Stunde verschoben. Die auf 12 Uhr anberaumte Sitzung des Aeltestenrats wird länger andauern als man angenommen hatte. Offenbar wird die Aussprache darüber, welche Entscheidung man in der Frage der Ansetzung des Wahltermins für die Kommunalwahlen in Preussen dem Plenum des Landtags vorschlagen soll, längere Zeit in Anspruch nehmen. Die Regierung hält bisher an ihrer Absicht, den 2. Dezember für die Kommunalwahlen anzusetzen, fest. Es scheint sich aber eine Mehrheit dafür zu finden, dass man die Wahlen nicht mehr in diesem Jahre, sondern erst im kommenden, vielleicht im Juli, vornehmen und den dafür bestimmten Termin mit dem Tag für die Kreis- und Provinziallandtagswahlen verbinden soll.

Venezelos' grosse Pakt-Reise

London—Paris—Belgrad—Angora — Erklärungen zum Pakt von Rom

LONDON, 2. Oktober.

Der griechische Premierminister Venezelos besuchte gestern vormittag in Begleitung des griechischen Gesandten das auswärtige Amt, wo er eine längere Unterredung mit dem stellvertretenden Ausserminister Lord Curzon hatte. Gestern mittag wurde er auch vom Premierminister Baldwin empfangen.

Einem Vertreter der „Times“ gegenüber erklärte Venezelos, dass der Zweck seines Londoner Besuches sei, den kürzlich abgeschlossenen italienisch-griechischen Pakt zu erläutern, um allen Missverständnissen vorzubeugen. Er habe bereits der süd-slawischen Regierung versichert, dass sich der Pakt weder gegen sie noch gegen eine dritte Partei richte. Er hoffe, bei seiner Rückreise über Paris mit dem süd-slawischen Ausserminister Marinkowitsch eine dritte Unterredung zu haben. Die beiden ersten Unterhaltungen liessen ihn annehmen, dass es nach seinem Eintreten in Belgrad möglich sein würde,

auch zwischen Griechenland und Südslawien einen Friedens- und Schiedsgerichtspakt abzuschliessen.

Die noch vorhandenen Transportschwierigkeiten würden überwunden werden, und ebenso werde auch die Regelung der Frage einer Freihafenzone in Saloniki möglich sein. Venezelos betonte sodann, dass es sein grösster Wunsch sei, mit allen Nachbarn Griechenlands freundschaftliche Beziehungen aufrechtzuerhalten. Er beabsichtige, keine Allianzen abzuschliessen, wohl aber Ueber-einkommen zur Regelung aller vorhandenen Streitfragen. So hoffe er auch mit Bulgarien ein Abkommen über die Handelsbeziehungen im Ägäischen Meere treffen zu können. Er erkenne die ständig wachsende Bedeutung der bereits vorhandenen freundschaftlichen Beziehungen an und hoffe, dass er dazu beitragen könne, die Beziehungen zwischen Bulgarien und Südslawien zu verbessern. Ferner beabsichtige er auch Angora zu besuchen, wohin er von Ismet Pascha eingeladen sei, sobald die gegenwärtig im Zuge befindlichen griechisch-türkischen Verhandlungen abgeschlossen seien.

Zu der gegenwärtigen innerpolitischen Lage in Griechenland bemerkte er, dass seine Rückkehr nach Griechenland notwendig

gewesen sei. Die Wahlen hätten ihm recht gegeben. Griechenland brauche eine starke Regierung. Solange die liberale Partei einzig sei, sei Griechenland vor den Uebergriffen militärischer Machthaber sicher. Die Royalisten seien heute vollständig geschlagen, während die Kommunisten verschwunden seien.

Dem diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph“ machte Venezelos dann nähere Andeutungen über die Bestimmungen des in Rom abgeschlossenen griechisch-italienischen Paktes.

Dieser könne in keiner Weise den Bestimmungen der Völkerbundsatzungen widersprechen.

Wenn zum Beispiel eine der beiden Parteien durch einen einstimmigen Entscheid des Völkerbundes als Angreifer gekennzeichnet würde, so müsste der andere Vertragschliessende an den von dem Völkerbund festgesetzten Sanktionen gegen den anderen teilnehmen. Wenn andererseits einer von beiden Unterzeichnern angegriffen werden sollte, so würde der andere ihm gegenüber zum mindestens eine wohlwollende Neutralität bewahren. In einer Beziehung gehe der neue Vertrag sogar weiter als die gegenwärtigen Völkerbundsbestimmungen. Selbst wenn der Völkerbund nicht in der Lage sein sollte, einen einstimmigen Entscheid zu fällen und die miteinander streitenden Parteien auf eigene Verantwortung hin also handeln könnten, verpflichtet der Pakt beide Vertragschliessenden, sich jedes Angriffes zu enthalten.

Schnelldienst

Wie in Tokio verlautet, ist die japanische Regierung an die französische und an die britische Regierung mit dem Vorschlag herangetreten, den Verlust des englisch-französischen Flottenkompromisses zu veröffentlichen. Paris' erneut energisch die Veröffentlichung des französisch-englischen Flottenkompromisses. Mit dem 1. Oktober ist die Auslieferung von 45.000 Textilarbeitern in der M-Glücksch-Beyerler und Viesener Textildruckerei perfekt geworden.

Das Tischtuch ist zerschnitten

Volksparteiliche Absage an den Stahlhelm — Scholz und seine Freunde müssen aus dem Stahlhelm austreten

Der Vorstand der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat sich, wie parteilänglich mitgeteilt wird, in Anwesenheit von Mitgliedern der Fraktion, die auch dem Stahlhelm angehören, eingehend mit den letzten Vorgängen im Stahlhelm und insbesondere seinen letzten Kundgebungen beschäftigt. Die Anwesenden sind einstimmig zu folgender Auffassung gelangt:

Die Deutsche Volkspartei hat seither die überparteilichen Bestrebungen des Stahlhelms mit Sympathie verfolgt, und es begrüsst, dass auch ihre Mitglieder sich an diesen Bestrebungen beteiligten. Mit Rücksicht auf die sich hieraus mit Notwendigkeit ergebenden Konflikte zwischen Partei- und Stahlhelmmitgliedschaft hält es der Vorstand für politisch nicht mehr möglich, dass Mitglieder der Fraktion weiterhin dem Stahlhelm angehören.

Die Hasspredigt des Stahlhelms gegen den heutigen Staat und die neuerliche angedrohte Betätigung dieser

Hassgesinnung hat damit auch die Deutsche Volkspartei veranlasst, das Tischtuch zwischen sich und dem Stahlhelm zu zerschneiden. Zu beachten ist, dass dem Beschluss auch die dem Stahlhelm angehörnden volksparteilichen Abgeordneten zugestimmt haben. Herr Scholz und seine siebzehn Freunde werden nunmehr dem Stahlhelm ihre Mitgliedskarten zurücksenden müssen.

Der blutige Sonntag in Geesthacht

Interpellation im Hamburger Senat

HAMBURG, 2. Oktober.

Die blutigen Zusammenstösse zwischen Reichsbannerleuten und Roten Frontkämpfern in Geesthacht werden, wie zu erwarten war, nunmehr in einer grossen Aussprache, die wahrscheinlich am kommenden Mittwoch stattfindet, das Hamburger Senatsplenum beschäftigen. Fast von allen Parteien sind Anfragen an den Senat gerichtet, die die Frage der mangelhaften Schutzmassnahmen der Polizei betreffen und die Verantwortlichkeit der an diesen unerhörten Vorgängen beteiligten Personen festzustellen suchen. Es wird gefragt, welche Massnahmen der Senat in Zukunft zu treffen beabsichtigt, um derartige Vorkommnisse zu verhüten.

In Sande bei Bergedorf kam es am Sonntag, wie nachträglich berichtet wird, ebenfalls zu blutigen Schlägereien zwischen Roten Frontkämpfern und Reichsbannerleuten. Auch hier kam die Polizei zu spät, um Gewalttätigkeiten zu verhindern.

Neue Galgenblüte in Albanien

Eine Verschwörung gegen Zogu

PARIS, 2. Oktober. (W. T. B.)

Die Blätter berichten aus Belgrad, dass ein Telegramm der „Politika“ aus Durazzo zufolge ein Komplott gegen König Zogu I. entdeckt und daraufhin in Albanien das Standrecht verhängt worden sei. Elf Verschwörer sollen kurzerhand verurteilt und hingerichtet worden sein.

Aussicht auf Streik-Ende in Australien

Aber noch Zusammenstösse in Melbourne

LONDON, 2. Oktober.

Nach den aus Australien vorliegenden Berichten darf man annehmen, dass ein Generalstreik vermieden werden kann, und dass wahrscheinlich im Laufe der nächsten Tage mit einer Beilegung des Konfliktes zwischen den streikenden Hafenarbeitern und den Schiffsfahrtsgeellschaften zu rechnen ist. In Adelaide wurde bereits gestern durch die Gewerkschaft der Streik abgesagt. In Melbourne dagegen kam es auch noch gestern im Laufe des Tages zu verschiedenen Zusammenstössen zwischen Streikenden, Freiwilligen und der Polizei. Mehrere Freiwillige und Polizisten wurden dabei verletzt. Die Polizei musste wiederholt von ihrem Gummiknüppel Gebrauch machen. Als sich eine grössere Gruppe von Freiwilligen nach dem Hafen begab, wurde sie von einer 3000 Personen starken Menschenmenge angegriffen, die erst nach wiederholten Angriffen der Polizei auseinandergetrieben werden konnte.

Ein Kilo Salz: 1,10 Mark! Aus Rom wird gemeldet: Um den Staatsfinanzen neue Einnahmen zu verschaffen, ist der Preis für Zigaretten und Salz (Monopolwaren) erhöht worden. Der Preis für Zigaretten wurde um 1 Centesimo pro Stück erhöht. Der Salzpreis wurde so erhöht, dass das gewöhnliche Grubensalz pro Kilogramm 1,50 Lire kostet, gemahlene Salz 2,50 Lire, raffiniertes Salz 4 Lire pro Kilogramm und das bessere Salz 5 Lire pro Kilogramm.

Eine neue Fremdenlegion. Aus Singapore (Britisch-Hindien) wird gemeldet: Die Militärbehörden haben beschlossen, europäischen Militärpersonen zu gestatten, als Freiwillige in eine Truppe einzutreten, aus der die bewaffneten Wachmannschaften der nach und von China fahrenden Schiffe entnommen werden sollen.

